

Olympia-Position von der Ratsgruppe LUKS

Inhaltsverzeichnis:

Leichte SpracheSeite 1-7

Komplexe SpracheSeite 8-9



LEICHTE Sprache

Das sind wir:



Olympia- Abstimmung:



JA oder NEIN?

Der Staat sagt JA und macht Werbung:



Wir sind Politiker und Politikerinnen.

Wir sind keine Partei.

Aber wir gehören zur Politik in Krefeld.

Wir sitzen im Stadtrat.

Wir haben den Namen LUKS.

Bald darfst du über Olympia abstimmen:

Soll Krefeld bei Olympia 2036, 2040 oder 2044 mitmachen?

Die Politik hat unterschiedliche Meinungen.

Jetzt liest du die Meinung von LUKS:

Gerade gibt es viele große Plakate.

Auf den Plakaten steht:

JA zu Olympia.

Wir finden das nicht gut.

Der Staat soll nicht für Olympia werben.

Bei einem Bürger-Entscheid soll das Volk entscheiden.

Nicht der Staat.

Die anderen haben kein Geld für Werbung.



Viele Fragen, kaum Informationen.



Olympia kostet viel!

4.800.000.000 €



Der Staat hat mehr Geld als einzelne Bürger oder Bürgerinnen.

Darum kann der Staat mehr Werbung machen.

Das ist unfair.

Außerdem gibt es zu wenig Informationen über Olympia.

Die Menschen wissen zu wenig.

Eine gute Entscheidung braucht gute Informationen.

Man soll nicht nur nach einem Bauch-Gefühl entscheiden.

Darum hat LUKS Fragen gestellt.

Wir wollten mehr wissen über die Kosten.

Und über die Bau-Arbeiten.

Es gab keine klaren Antworten zu wichtigen Fragen.

Minister-Präsident Hendrik Wüst sagte:

Die Kosten sind 4,8 Milliarden Euro.

Aber das ist nur ein kleiner Teil.

Es gibt viel mehr Kosten.

Das Land sagt nichts zu den Kosten von Krefeld.

Wo Radwege?
Stadt antwortet nicht.



**Abstimmung
zu früh**

**wichtige
Infos
fehlen**



**Olympia macht
Mieten teurer**



Im Begleit-Heft steht etwas über
Verbesserungen.

Die Verbesserungen sollen für Bus und
Bahn sein.

Und für den Rad-Verkehr.

Stadt und Land sagen aber nicht:

Wir verbessern die Straße da und die
Bahnlinie dort.

Es gibt keine konkreten Antworten.

Wir finden:

Eine Entscheidung heute ist zu früh.

Wir kritisieren auch:

Olympische Spiele haben gute und
schlechte Sponsoren.

Olympia macht schlechte Werbung für die
Öl-Branche.

Die Öl-Branche ist nicht gut für Umwelt
und Menschen.

Die Spiele machen die Mieten in den
Städten teurer.



**Wir stimmen nur ab:
WO findet Olympia
statt?**



Nazi-Olympia



Das Internationales Olympisches Komitee organisiert Olympia.

Es zahlt fast keine Steuern in den Gastgeber-Ländern.

Aber die finanziellen Risiken tragen wir alle.

Das sind wir Steuer-Zahler und Steuer-Zahlerinnen.

Olympia bringt meistens zu wenig Geld für den Staat.

Die Stadt muss viel Geld ausgeben.
Darum macht Olympia oft Verluste.

Du entscheidest jetzt nur über eine Sache:
Welche Stadt soll sich bewerben?

Du entscheidest nicht über Olympia selbst.
Olympia wird stattfinden.

Mit der Abstimmung können wir auch nicht die Olympia-Regeln ändern.

Olympia war schon einmal in Berlin.

Damals war es unter den Nazis.

Das war 1936.

Die Jahreszahl 2036 ist sehr ähnlich.

Darum sollte Olympia nicht 2036 in Deutschland sein.

Der Bürger-Entscheid will auch 2036.

Bessere Arbeits- Rechte in Deutschland



Olympia-Bau hat häufig Natur zerstört



NRW möchte nicht viel neu bauen



Olympia in NRW ist vielleicht besser ?



Frühere Olympische Spiele zeigen:

Beim Bau von Sport-Stätten werden
Menschen-Rechte verletzt.

Das passiert oft.

Auch in Deutschland werden nicht alle
Menschen-Rechte eingehalten.

Zum Beispiel das Recht auf eine saubere
Umwelt.

Aber Deutschland hat bessere Standards
als viele andere Länder.

Olympia bedeutet oft:

Viele neue Sport-Stätten bauen.

Das kostet viel Geld.

Es schadet der Umwelt.

Es schadet dem Klima-Schutz.

Viele Sport-Stätten werden nach den
Spielen nicht mehr genutzt.

Sie verfallen dann.

Die NRW-Bewerbung ist anders.

NRW will viele Sport-Stätten nutzen, die es
schon gibt.

NRW will auch die Menschen-Rechte
achten.

Darum ist NRW vielleicht die bessere
Wahl.

NEIN
=Olympia woanders



JA
=NRW bewirbt sich für Olympia



Geld ist bei Olympia wichtiger als früher



Olympia macht gute Gemeinschaft



Die Bürger sollen abstimmen.

Sie sollen Ja oder Nein sagen.

Sagen die meisten Nein?

Dann bekommt ein anderer Ort die Spiele.

Dieser Ort muss dann vielleicht viele

Bäume fällen.

Und er muss vielleicht viele neue Gebäude bauen.

Wichtig ist aber:

Wir entscheiden nur:

Bewirbt sich NRW für Olympia? Ja oder Nein?

Über alle Bewerbungen aus allen Ländern entscheidet dann das Komitee.

Das Komitee kann andere Länder besser finden.

Die olympischen Spiele sind heute anders als früher.

Früher ging es nur um Sport und Gemeinschaft.

Heute geht es viel um Geld.

Aber die Spiele können auch etwas Gutes bewirken.

Sie können Menschen aus verschiedenen Ländern zusammenbringen.

Das ist wichtig in Zeiten von Konflikten.

LUKS sagt nicht JA oder NEIN



Deshalb sagen wir nicht klar Ja.

Wir sagen auch nicht klar Nein.

Wir zeigen nur wichtige Punkte.

Diese Punkte helfen hoffentlich bei deiner Entscheidung.

Informiert euch.

Sprecht mit anderen und uns.

Unsere Kontakte sind:

Telefon: 02151-864740

E-Mail: ratsgruppe-luks@krefeld.de

Website: www.luks-in-krefeld.de

Instagram:

https://www.instagram.com/luks_krefeld

Mastodon:

<https://mastodon.social/@lukskrefeld>

Macht bei der Abstimmung mit!

KOMPLEXE Sprache

Aktuell sind überall in der Stadt, auf städtischen Kanälen und Kanälen des Landes NRW große „JA“s für ein Ja beim Olympia-Bürgerentscheid zu sehen. Diese manipulierende, einseitige Beeinflussung pro Olympia beim Bürgerentscheid lehnen wir entschieden ab. Entsprechend unserem Grundgesetz muss auch bei einem Bürgerentscheid die Willensbildung vom Volke ausgehen und nicht vom Staat, der den öffentlichen Diskurs mit ganz anderen Ressourcen (Reichweite, finanzielle Mittel) prägen kann als einzelne Bürger*innen oder Initiativen. Solch eine Wahlbeeinflussung bewerten wir sogar als Rechtsunsicherheit für die Zulässigkeit des Bürgerentscheidergebnisses.

Ein weiterer demokratietheoretischer und juristischer Kritikpunkt von uns ist, dass die Informationslage für eine Bürgerentscheid-Entscheidung viel zu gering ist. Eine gute und demokratische Entscheidung kann nur auf Basis einer informierten Auseinandersetzung und nicht auf Basis eines euphorischen Bauchgefühl erfolgen. Aus diesem Grund haben wir eine umfangreiche Anfrage zu Kosten und Infrastrukturmaßnahmen gestellt (https://ris.krefeld.de/vorgang/?__=UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZb5Y20rcMJDclRws1XiErDE). Leider gab es weder inhaltliche Antworten zu den Kosten, noch zu den Infrastrukturmaßnahmen und Umweltauswirkungen. Ministerpräsident Hendrik Wüst gab an, dass er mit 4,8 Milliarden Euro Ausgaben rechne – dies betraf, wie sich durch unsere Anfrage herausstellte, aber nur die Durchführungskosten, nicht die Sicherheits- und Infrastrukturkosten. Auch die Aufteilung dieser Kosten wird vage gehalten.

Da im Begleitheft auch mit positiven Infrastrukturmaßnahmen für den öffentlichen Nahverkehr und Radverkehr geworben wird, erwarten wir, dass diese auch benannt werden können, statt als leeres, unfundiertes Versprechen in den Raum gestellt zu werden. Eine Benennung von Infrastrukturmaßnahmen erfolgte trotz mehrfacher Nachfrage jedoch nicht.

Auf der Informationsbasis hinsichtlich Kosten, Infrastrukturmaßnahmen und Umweltauswirkungen bewerten wir eine Entscheidung **heute** als Freifahrtschein.

Wir kritisieren außerdem:

- Olympische Spiele haben unter anderem fossile Sponsoren,
- sie treiben die Mieten in ausrichtenden Städten hoch
- das IOC (Internationale Olympische Komitee) genießt als in der Schweiz ansässiger Verein weitgehende Steuerfreiheit auch in den Gastgeberländern
- die finanziellen Risiken tragen wir jedoch alle als Steuerzahler*innen, die die Kosten mittragen. Hierbei ist festzuhalten, dass kaum eine Olympia-Ausrichtung mit einem wirtschaftlichen Plus gab.

Mit dem Bürgerentscheid wird jedoch nicht entschieden, **ob** Olympia überhaupt stattfindet (#nolympia) oder die Regeln des IOC verändert werden, sondern nur, welche Stadt sich bewirbt.

100 Jahre nach Nazi-Olympia in Berlin sollte unserer Meinung nach Olympia nicht 2036 in Deutschland stattfinden, sondern allenfalls 2040 oder 2044. Der Bürgerentscheid sieht hingegen eine Bewerbung für alle drei potenziellen Ausrichtungsjahre vor.

Vergangene Olympia-Austragungen oder große Sport-Events haben gezeigt, dass z.B. beim Bau von Stadien oder anderen Sportstätten Menschenrechte wiederholt verletzt wurden. Auch wenn wir selbst in Deutschland nicht alle Menschenrechte einhalten (z.B. Recht auf saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt), so denken wir, dass die Standards hier im internationalen Vergleich höher sind als bei vielen anderen potenziellen Bewerbern.

Auch gehen Olympia-Austragungen häufig mit dem Neubau vieler Sportstätten einher. Dies ist ressourcenintensiv, verursacht hohe Kosten, starke Umweltbeeinträchtigungen und hohe baubedingte Emissionen. Viele Sportstätten verfallen anschließend. Die NRW-Bewerbung sieht hingegen einen sehr hohen Anteil an bestehender Sport-Infrastruktur vor.

Hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten und ökologischen Auswirkungen könnte die NRW-Bewerbung somit das „geringere Übel“ sein.

Würde der Bürgerentscheid ein mehrheitliches Nein ergeben, hätte dies zur Folge, dass dieses „geringere Übel“ aus dem Bewerbungsprozess „rausgekickt“ werden würde und der Zuschlag erteilt wird an einen anderen Austragungsort, an dem z.B. zahlreiche Bäume gefällt und ressourcenintensive Neubauten geschaffen werden.

Auch wenn sich die olympischen Spiele weit weg entwickelt haben vom ursprünglichen olympischen Gedanken, sind auch die gesellschaftlich verbindenden Effekte mit in der Abwägung zur Stimmabgabe zu berücksichtigen. Hier sehen wir, dass in Zeiten internationaler Konflikte das Zusammenkommen für ein friedliches Sportevent trotz all der oben angesprochenen negativen Durchführungspraktiken des IOC einen Beitrag für ein besseres internationales Miteinander leisten kann.

Aus diesen Gründen können wir kein klares „Ja“, aber auch kein klares „Nein“ empfehlen, sondern möchten hierüber lediglich wichtige Kritik- und Abwägungspunkte unserer Ratsgruppenmitglieder veröffentlichen, damit sie anderen bei ihrer Entscheidung helfen können.

Informiert euch, geht in den Austausch (gerne mit uns!) und nehmt an der Abstimmung teil!

Kontaktmöglichkeiten:

Telefon: 02151-864740

E-Mail: ratsgruppe-luks@krefeld.de

Website: www.luks-in-krefeld.de

Instagram: https://www.instagram.com/luks_krefeld

Mastodon: <https://mastodon.social/@lukskrefeld>